



Antworten zu den Wahlprüfsteinen zur Landtagswahl 2016
Der Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände Rheinland-Pfalz

1. Definition des Begriffs „bäuerliche Landwirtschaft“

In der Vergangenheit wurde wiederholt eine Rückkehr zur bäuerlichen Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz gefordert, die anscheinend den Gegenpol zur „industriellen“ Landwirtschaft darstellen soll.

Wir fragen:

Wie genau definieren Sie „bäuerliche Landwirtschaft“ und wie stellen Sie sich deren Umsetzung im Kontext ökonomischer Betriebsführung und der Notwendigkeit ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften angesichts aktueller Herausforderungen am Markt genau vor?

Die Ideologie des „Wachsen oder Weichens“, die Erfüllung der Standards, die Anforderungen der Ernährungsindustrie, die Monopolisierung im Handel sowie die Konkurrenz am Weltmarkt stellen viele Landwirte vor große Herausforderungen. Die Ausrichtung auf Mengen und Export für den Weltmarkt führte in vielen Betrieben nicht zu einer Deckung der Erzeugungskosten. Gleichzeitig fragen Verbraucherinnen und Verbraucher verstärkt regional, ökologisch und tiergerecht erzeugte sowie fair gehandelte Lebensmittel nach. Rheinland-Pfalz bietet mit seinen vielfältigen Landschaftsformen sehr gute Bedingungen für eine mittelständische Landwirtschaft. Verlässliche Marktregeln, die Auskommen und Absatz sichern, sind aus GRÜNER Sicht unerlässlich, um den Betrieben langfristig Planungssicherheit und Stabilität zu geben. Nicht auch zuletzt im Angesicht der anhaltenden globalen

Hungerkrise setzen wir uns für starke Kriseninstrumente in diesem besonders sensiblen Sektor ein.

Die Landwirtschaft ist für uns GRÜNE mehr als eine rein Rohstoffproduktion. Wir wollen eine Landwirtschaft, die unsere natürlichen Ressourcen erhält und dafür faire Preise für ihre Produkte erhält. Wir wollen eine artgerechte Nutztierhaltung stärken. Wir unterstützen die Anforderungen der Verbraucherinnen und Verbraucher an eine vielfältige und regional verankerte Landwirtschaft, die ohne Gentechnik, Antibiotika-Missbrauch und weitestgehend ohne umweltbelastende Pestizide auskommt. Wir wollen, dass regionale Lebensmittel eine höhere Wertschätzung erfahren und Bäuerinnen und Bauern sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den „Grünen Berufe“ ein angemessenes Einkommen erzielen. Eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft ist für uns GRÜNE die Landwirtschaft, die diese Ziele erfolgreich angeht und eine nachhaltige Nahrungsmittelversorgung sicherstellen kann.

2. Finanzierungsplan und Personalentwicklungsplan sowie „Lehrerstellen“ an den DLRs – *Konsequenzen auf die Anhörung zu unserem Positionspapier*

Die DLRs in Rheinland-Pfalz sind bereits jetzt unterbesetzt. Viele Lehrer übernehmen weitere Aufgaben wie Forschung, Beratung, Prüfungen im Pflanzenschutz, EU-Kontrollen etc. Darunter leidet die Unterrichtsqualität und es kommt zunehmend zu Ausfällen. Die Altersstruktur der Lehrkräfte wird dazu führen, dass sich die Problematik in den kommenden Jahren weiter verschärfen wird. Die wenigen interessierten, qualifizierten Lehramtsanwärter werden zu selten übernommen. Der Standort Rheinland-Pfalz soll für Nachwuchskräfte wieder attraktiver werden. Die Landjugendverbände Rheinland-Pfalz haben zu dieser Problematik ein Positionspapier verfasst und Forderungen abgeleitet.

Wir fragen:

Wie planen Sie, mit diesen Forderungen umzugehen und dem Personalschwund an den DLRs entgegenzuwirken, um langfristig eine qualitativ hochwertige Ausbildung in der Landwirtschaft und dem Weinbau zu gewährleisten bzw. wieder zu erreichen?

Die Agrarverwaltungsreform 2003, unter dem FDP-Minister Bauckhage und die Umsetzung weitergehender Einspar-Forderungen des Landesrechnungshofs haben bis 2015 zu einem Abbau des Personals um 40 % geführt. Die Fortführung dieses

Abbaupfades hätte schwerwiegende Folgen für die Aufgabenerledigung an den DLR gehabt. Eine sogar noch weitergehende rigorose Kürzung des Personals in der Agrar- um Umweltverwaltung um weitere rund 425 Stellen, wie es die CDU-Landtagsfraktion mit ihren Haushaltsanträgen im letzten Dezember beschlossen hat, würden eine verantwortungsvolle und rechtskonforme Aufgabenerledigung gar unmöglich machen. Die GRÜNE Fraktion hat gemeinsam mit der SPD Fraktion im Landtag, in Zusammenarbeit mit der GRÜNEN Umweltministerin Höfken, einen Finanzrahmen beschlossen und umgesetzt, der trotz weiterer Sparmaßnahmen (Schuldenbremse) einen neuen spürbaren Einstellungskorridor bis 2022 festlegt. Wir stehen zu den getroffenen Vereinbarungen und wollen die Agrarverwaltung so organisieren und ausstatten ist, dass sie ihren umfassenden Aufgaben gerecht werden kann.

Wir wollen in den „Dienstleistungszentren Ländlicher Raum“ an dem Zusammenspiel von Beratung, Forschung und Lehre festhalten. Die Bildung in den Grünen Berufen in unseren Berufs-, Fachschulen und Universitäten soll weiter in Zusammenarbeit mit dem „Zukunftsforum Grüne Berufe“ gestärkt werden. Wir setzen uns ein für moderne und zukunftsorientierte Ausbildungsinhalte wie zum Beispiel Betriebswirtschaft, Medienkompetenz, Klimaschutz und Energie, Vermarktungsstrategien zur Einkommensverbesserung, Ökolandbau und Tierwohl oder produktionsintegrierte Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität.

3. Welche Maßnahmen werden sie ergreifen, um das jugendpolitische ehrenamtliche Engagement in Rheinland-Pfalz zu fördern?

Freiwilliges gesellschaftliches Engagement aller Generationen ist ein unverzichtbares Element unsere Gesellschaft. Wir GRÜNE wollen das Ehrenamt in Rheinland-Pfalz weiter stärken und den ehrenamtlich engagierten Menschen im Land Wertschätzung entgegen bringen. Deshalb haben wir die Ehrenamtskarte eingeführt, mit der Ehrenamtliche landesweit zahlreiche Vergünstigungen bekommen.

Aus grüner Sicht sollen Kosten, die durch das Engagement entstehen, niemanden

von einer Tätigkeit abhalten oder diese gar unmöglich machen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Freiräume in Schule, Ausbildung, Beruf und Studium erhalten bleiben und geschaffen werden, um Zeit für ehrenamtliches Engagement zu haben. Weitere Formen der Anerkennungskultur sind aus unserer Sicht Mitbestimmungsmöglichkeiten, Übernahme von Haftpflicht- und Unfallversicherung, Qualifizierung und Weiterbildungsmöglichkeiten, Nachweise für Lebensläufe, aber auch Anerkennungen wie Ehrenamtsnadeln und die Jugendleiter/in-Card (Juleica) sein.

Auch die ehrenamtliche Arbeit der Landjugend wollen wir weiterhin finanziell unterstützen.

4. Wie planen Sie junge Menschen stärker in den politischen Entscheidungsprozess einzubinden?

Auf Empfehlung der Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ haben wir einen Gesetzentwurf zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre in den Landtag eingebracht. Leider hat er durch die Verweigerung der CDU die nötige Zweidrittelmehrheit verfehlt. Wir sind überzeugt, dass eine Senkung des Wahlalters den Jugendlichen als Wählergruppe mehr Aufmerksamkeit und damit mehr politisches Gewicht verleihen würde. Die Wahlaltersenkung sollte auch mit einer Stärkung der politischen Bildung begleitet werden. Wir verfolgen das Ziel der Senkung des Wahlalters auch in der kommenden Legislaturperiode.

Wir wollen auch die Vernetzung der kommunalen Jugendvertretung landesweit weiter ausbauen, damit sich Jugendvertreterinnen und -vertreter gegenseitig stärken und von Fortbildung profitieren können. Auch auf Landesebene wollen wir junge Menschen stärker in unsere Entscheidungen einbinden. Mit einer regelmäßigen Jugendkonferenz und einem permanenten Online-Angebot soll daher der direkte Austausch zwischen Regierung und jungen Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzern intensiviert werden.

5. Lebens- und Bleibeperspektiven im ländlichen Raum

Ländliche Räume werden für junge Menschen aufgrund infrastruktureller Defizite zunehmend unattraktiv. Das öffentliche Verkehrswesen macht es insbesondere Jugendlichen schwer, Schule und Ausbildungsplatz zu erreichen, kulturelle Veranstaltungen zu besuchen, soziale Kontakte zu pflegen, etc. Hinzu kommt das Problem der ärztlichen Versorgung auf dem Land, da sich nur wenige Hausärzte außerhalb der Ballungszentren niederlassen wollen. Insbesondere in den letzten Jahren hat sich zudem die mangelnde Breitbandversorgung auf dem Land als großes Entwicklungshemmnis herausgestellt. Unternehmen und Betriebe können in Dörfern und Gemeinden mit schlechter Online-Anbindung nicht bestehen, Arbeitsplätze gehen verloren, Jugendliche fühlen sich abgehängt und ausgeschlossen.

Wir fragen:

Wie werden Sie diesen strukturellen Problemen begegnen, um die Lebens- und Bleibeperspektiven junger Menschen im ländlichen Raum nachhaltig zu verbessern?

Wir wollen die Rahmenbedingungen für ein gutes Leben in den ländlichen Räumen in Rheinland-Pfalz weiter verbessern. Für eine positive Lebens- und Arbeitsperspektive unserer Bevölkerung werden wir die Infrastruktur – und dabei insbesondere den Nahverkehr und die Breitbandversorgung – im ländlichen Raum im Lichte der demografischen Entwicklung zukunftsfest machen. Nur so kann der ländliche Raum seine wichtigen Funktionen zum Beispiel für Wohnen, Arbeiten, Erholung, Tourismus und Naturerlebnis erfüllen. Unser Ziel ist die konsequente Stärkung der regionalen Wertschöpfungskreisläufe in den Bereichen der Land-, Wein-, Forst- und Ernährungswirtschaft, des Handels und des Handwerks. Das sichert Arbeitsplätze und bietet attraktive Wohnstätten für die Menschen. Besonderes Anliegen ist uns der weitere Ausbau der dezentralen, effizienten und nachhaltigen Erzeugung und Nutzung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren

Energien, beispielsweise aus Holz und Biomasse. Durch zielgerichtete strukturelle Förderprogramme stärken wir die vielfältigen Kulturlandschaften und die Sicherung der Wasserversorgung oder von Fachkräften.

6. Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum

Die Flüchtlingskrise beschäftigt ganz Deutschland. Viele vertriebene Menschen suchen in Deutschland eine neue Heimat und eine Zukunft jenseits von Krieg, Terror, Hunger und Elend. Diese Menschen möchten ein neues Leben beginnen und sich aktiv in Deutschland einbringen. Momentan scheitert dies vor allem an bürokratischen Hürden, die die Menschen zum Verharren in überfüllten Unterkünften verdammt.

Wir fragen:

Wie werden Sie an den bürokratischen Beschränkungen arbeiten, um es Flüchtlingen zu ermöglichen beruflich tätig zu werden und damit auch besser in unsere Gesellschaft zu integrieren, z. B. auch in den Grünen Berufen?

Wie wollen Sie die Flüchtlinge motivieren, soziale Kontakte zu knüpfen, die deutsche Sprache zu lernen und sich aktiv mit der deutschen Kultur vertraut zu machen?

Für uns GRÜNE ist klar, dass die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt gerade auch für die Grünen Berufen eine große Chance ist. Deshalb machen wir uns schon lange für die Abschaffung der Vorrangprüfung stark, die eine widersinnige Hürde beim Arbeitsmarktzugang darstellt. Wir setzen uns dafür ein, dass Flüchtlinge einen sicheren Aufenthaltsstatus für die Dauer der Ausbildung und für zwei Jahre Beschäftigungszeit nach der Ausbildung (sogenannte 3-plus2-Regelung) erhalten. Die Anerkennung ausländischer Bildungs- und

Berufsabschlüsse wollen wir gemeinsam mit den Kammern entbürokratisieren und beschleunigen.

Auch im Bereich der Grünen Berufe stärken wir die Integration und die Schaffung von Arbeitsperspektiven für Flüchtlinge. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das Land dafür zusätzliche FÖJ-Stellen in den Forstämtern bereitstellt. Außerdem fördern wir Projekte der landwirtschaftlichen Maschinen- und Betriebshilfsringe zur Qualifikation und Vermittlung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Zusätzlich kann die landwirtschaftliche Saisonarbeit einen Einstieg in den Arbeitsmarkt bieten. Viele Initiativen, beispielsweise auf Seiten des Bundesverbands Garten- und Landschaftsbau laufen gerade an. Wir werden uns für deren Fortführung und Weiterentwicklung einsetzen.

Wir sind überzeugt, dass der Schlüssel zu Integration und Teilhabe im Spracherwerb liegt. Wir wollen allen Flüchtlingen schnellstmöglich Zugang zu den Sprachkursen ermöglichen und nicht nur einem kleinen Teil von ihnen. Es spricht gegen jeden Integrationsansatz, ganze Gruppen von Flüchtlingen zunächst Monate oder Jahre von Sprachkursen fernzuhalten. Wir haben deshalb in Rheinland-Pfalz zusätzliche Sprachkurse für diejenigen aus Landesmitteln eingerichtet, denen der Bund den Zugang zu Sprach- und Integrationskursen verwehrt. Wir setzen uns auf Bundesebene für einen Rechtsanspruch für alle Flüchtlinge auf hochwertige und schnell zugängliche Integrationskurse unmittelbar nach dem Ankommen in Deutschland ein. Bei uns im Land haben wir die Sprachförderung in Kindertagesstätten und Schulen deutlich erhöht, die Beratungs- und Fortbildungsangebote für Kindertagesstätten ausgebaut und die Anzahl der Deutschintensivkurse an Schulen gesteigert.

Für die soziale Integration sind die zahlreichen Ehrenamtlichen, die sich überall im Land für Flüchtlinge einsetzen, eine große Hilfe. Um deren Arbeit zu unterstützen und zu vernetzen, haben wir in Rheinland-Pfalz zentrale wie dezentrale Strukturen geschaffen und die Projektfördermittel deutlich erhöht. Auch im Bereich der sozio-kulturellen Teilhabe und kulturellen Bildung haben wir Fördermittel für Flüchtlinge bereitgestellt, um die Eingliederung in unsere Lebens- und Arbeitswelt zu verbessern.

Frage 7:

Wie planen Sie, zukünftig die Sicherheit der Menschen sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz zu gewährleisten?

Wie wollen Sie dem Klima von Angst und verstärkt auch Fremdenhass entgegenwirken?

Wie schätzen Sie das aktuelle Gefahrenpotential in Rheinland-Pfalz ein?

Rheinland-Pfalz ist eines der sichersten Bundesländer in Deutschland. Die Kennzahlen der polizeilichen Kriminalstatistik belegen eine seit Jahren sinkende Kriminalitätsbelastung bei gleichzeitig konstant hoher Aufklärungsquote. Das heißt, in Rheinland-Pfalz haben wir auf die Bevölkerung hochgerechnet wenige Straftaten und die Straftaten, die Vorfällen, werden durch gute Polizeiarbeit überdurchschnittlich aufgeklärt. Dennoch hat das vergangene Jahr gezeigt: Zahlreiche rechtsextreme Übergriffe, aber auch die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus haben die Lage verändert. Darauf reagieren wir mit mehr Polizeipräsenz auf der Straße und der Entlastung der Polizei von Verwaltungsaufgaben. Damit die Polizei ihre umfassenden Aufgaben erfüllen kann, haben wir die Einstellungszahlen bei der Polizei seit 2011 konstant auf Rekordniveau erhöht. Jährlich werden auf historischem Höchststand neue Polizistinnen und Polizisten ausgebildet und eingestellt.

Der Kampf gegen Fremdenhass und für die Rechte von Minderheiten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die eine starke Zivilgesellschaft erfordert. Jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit müssen wir als offene Gesellschaft entschieden entgegentreten. Damit rechtes Gedankengut erst gar nicht entsteht, setzen wir auf zivilgesellschaftliche Prävention und Ursachenbekämpfung von Radikalisierung. Kernelemente einer starken Zivilgesellschaft sind Bildung, Aufklärung, Mitbestimmung und die Transparenz staatlichen Handelns. Daher haben wir die Präventionsarbeit in der schulischen und außerschulischen Bildung gestärkt und finanzielle Mittel für kommunale Präventionsprojekte zur Verfügung

gestellt. Außerdem stehen wir für gesellschaftliche Teilhabe und eine Stärkung demokratischer Mitbestimmung - auch bei jungen Menschen. Jemand, der sich innerhalb unserer demokratischen Gesellschaft ernstgenommen fühlt, wird menschen- und demokratiefeindlichem Gedankengut fern bleiben.

8. Ernährungsunterricht in den Schulen

Viele Kinder in deutschen Schulen wissen nicht mehr, wo ihre Lebensmittel herkommen und wie sie erzeugt werden. Daraus resultiert eine immer geringere Wertschätzung der Nahrungsmittel und auch ihrer Erzeuger. Gleichzeitig nehmen die ernährungsbedingten Zivilisationskrankheiten (z.B. Erkrankungen des Herz- Kreislaufsystems, Krebs, Diabetes, usw.) zu. Bereits jetzt gilt jedes fünfte Kind im Grundschulalter mittlerweile als zu dick. Wir sehen es daher als unverzichtbar an, schon frühzeitig Schüler durch Ernährungsunterricht

aufzuklären. Es ist enorm wichtig, ihnen aufzuzeigen, wie gesunde, ausgewogene Ernährung aussieht und welche natürlichen Lebensmittel einen Beitrag zu körperlicher Gesundheit leisten. Schulen mit Kantinen sollten gesundes, frisches und regionales Essen anbieten. Projektstage und Elternabende sollten dazu genutzt werden, auch Eltern für die Thematik zu sensibilisieren.

Wir fragen:

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um einen Beitrag für die Gesundheit der Schüler in Rheinland-Pfalz zu leisten?

Besonders wichtig ist uns GRÜNEN die Ernährungsbildung. Immer mehr Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, leiden unter den Folgen von Fehlernährung.

Wir wollen Essensgewohnheiten nicht vorschreiben, sondern setzen auf Information und eine gute Qualität in der Kita- und Schulverpflegung. Dazu gehören vielfältige Angebote, die insbesondere Kinder und Jugendliche aber auch alle anderen Zielgruppen ansprechen. Wir wollen deshalb die Verbraucher- und Ernährungsbildung in Rheinland-Pfalz weiter ausbauen und verstärkt die Kommunen mit einbeziehen.

Mit der Kampagne „Rheinland-Pfalz isst besser“ haben wir in den vergangenen Jahren Bildungsangebote im ganzen Land realisiert. Das Schulobst- und -gemüseprogramm erreicht derzeit 260.000 Kinder und führt sie an das Thema gute und gesunde Ernährung heran. Wir wollen dieses erfolgreiche Programm fortführen und mit Hilfe der Vernetzungsstelle Schul- und Kitaernährung ausbauen. Auch das Betreuungs-, Lehr- und Küchenpersonal in Kitas und Schulen wollen wir mit Angeboten der Ernährungsbildung qualifizieren. Das Programm der Sterne-Auszeichnungen für Kantinen nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung werden wir als guten Anreiz für die Träger fortführen. Unser Ziel ist es die geltende Richtlinie für Verbraucherbildung an allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz unseres Bildungsministeriums so auszubauen, dass die Bildung jeden Kindes Die Bereiche Ernährung, Erzeugung von Lebensmitteln und auch Hauswirtschaft als Ziels umfasst.

9. TTIP und dessen Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz

Die Verhandlungen über das Transatlantische Handelsabkommen TTIP zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika werden kontrovers diskutiert. Viele Bürger zeigen sich skeptisch aufgrund der intransparenten Verhandlungen und Vertragsbestimmungen. Eine Rekordzahl an Unterschriften wurde europaweit gegen TTIP gesammelt.

Wir fragen:

Wie stehen Sie zu dem Abkommen?

Das Freihandelsabkommen mit den USA, TTIP, das Dienstleistungsabkommen TiSA und das fertig verhandelte Freihandelsabkommen mit Kanada, CETA, lehnen wir GRÜNE in ihrer jetzigen Ausgestaltung ab. Freihandel und wirtschaftlicher Austausch sind eine wichtige Grundlage für Wohlstand, aber weder Demokratie, noch Arbeits- und Sozialstandards oder Verbraucher- und Umweltschutz dürfen dabei auf der Strecke bleiben. Demokratie braucht Transparenz – auch in der EU. Wir lehnen die Politik der EU-Kommission ab, mit dem Ansatz „Better Regulation“ die Voraussetzung für TTIP und Ceta durch Deregulierung zu schaffen. Einen Vertrag, der die Handlungsfähigkeit der Kommunen und gesetzgeberische Entscheidungsmöglichkeiten durch Sonderklagerechte für Konzerne, regulatorische Kooperation und Kohärenz oder Liberalisierungsklauseln einschränken könnte, lehnen wir ab.

Der von der EU-Kommission vorgelegte Vertragstext für CETA widerspricht GRÜNEN demokratischen Grundsätzen und Zielen in der Umwelt-, Sozial-, Verbraucherschutz-, sowie Datenschutz- und Eine-Welt-Politik. Zudem stellt CETA in weiten Teilen eine Blaupause für TTIP dar. Aus diesen Gründen werden wir als Teil der zukünftigen Landesregierung CETA die Zustimmung verweigern. TTIP auf Basis des derzeitigen Verhandlungsmandates lehnen wir in seiner jetzigen

Ausgestaltung ebenfalls ab.

Gerade die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz würde unter den Freihandelsabkommen in ihrer jetzigen Ausgestaltung leiden. Für Deutschland würde die Wertschöpfung im Lebensmittel-Sektor laut ifo-Institut sogar um 0,7% sinken. Zudem bestehen erhebliche Probleme und Herausforderungen bei den geschützten geografischen Angaben, deren Sicherung in TTIP „bereitet“ der US-Seite nach jüngsten Verlautbarungen des amerikanischen Landwirtschaftsministers erhebliches „Kopferbrechen“ und könnte die Alleinstellung wichtiger europäischer Agrarprodukte zu Fall bringen. So würde unsere Weinwirtschaft durch den Import von US-Semigenerika wie beispielsweise „Moselle“ auf dem EU-Markt erheblich im Wettbewerb benachteiligt.

10. Förderung des Berufswettbewerbes der deutschen Landjugend

Der Berufswettbewerb der Deutschen Landjugend wird seit über 60 Jahren deutschlandweit veranstaltet. Er bietet jungen Auszubildenden in den Grünen Berufen die Gelegenheit, ihr Können und Wissen unter Beweis zu stellen, Kolleg/innen in gleichen Lebenszusammenhängen kennen zu lernen und sich mit diesen auszutauschen. Sie betreiben damit aktive Öffentlichkeitsarbeit für ihren Beruf und auch für ihr Bundesland. Erst durch die Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz ist auch die Durchführung im Land möglich. Es wäre bedauerlich für die Grünen Berufe, die jungen Menschen und letztlich auch für das Land Rheinland-Pfalz, wenn der Wettbewerb aus haushaltspolitischen Gründen in unserem Land nicht mehr durchgeführt werden kann. Rheinland-Pfalz wäre dann das einzige Land, das keine Teilnehmer am Bundesentscheid stellt.

Wir fragen:

Wie stehen Sie zu dem Berufswettbewerb der deutschen Landjugend und dessen finanzieller Förderung in der Zukunft?

Wie bereits in Frage 2 erwähnt, ist eine gute Ausbildung in den Grünen Berufen aus der GRÜNEN Agrarpolitik nicht wegzudenken. Wir begrüßen das Engagement der Landjugend für den Berufswettbewerb und werden die Ausrichtung des Landeswettbewerbes weiterhin fördern.

11. Mögliche Koalitionspartner

Das Parteienspektrum in Deutschland und entsprechend auch in Rheinland-Pfalz ist sehr breit und diversifiziert. Für viele Wähler ist es nicht nur interessant, welche Partei die Mehrheit erlangt, sondern auch, mit welcher Partei eine Regierung gebildet wird.

Wir fragen:

Mit welcher Partei können Sie sich am ehesten eine konstruktive Zusammenarbeit vorstellen und welche scheiden als Partner definitiv aus?

[Beantwortung durch Florian] liegt noch nicht vor.

12. Landwirtschafts- und Weinbaupolitik

Für uns, die Landjugendverbände in Rheinland-Pfalz, ist die Landwirtschafts- und Weinbaupolitik von existenzieller Bedeutung. Auch ist eine möglichst autarke Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ein hohes Gut, das nicht leichtfertig aufgegeben werden sollte. Um dies zu gewährleisten ist eine gute verwaltungstechnische und politische Begleitung durch das Land Rheinland-Pfalz notwendig.

Wir fragen:

Werden Sie die Landwirtschafts-, Forst- und Weinbaupolitik in einem eigenständigen Ministerium gestalten und umsetzen? Falls nein, warum nicht?

Die von den GRÜNEN in der aktuellen Legislaturperiode umgesetzte Verbindung der Landwirtschafts-, Forst- und Weinbaupolitik mit der Umweltpolitik unter einem

Dach war sehr erfolgreich und hat viele bisherige Konflikte aufgelöst. Die Vergangenen fünf Jahre haben gezeigt, dass bei der Lösung der Herausforderungen, vor denen Rheinland-Pfalz steht, beispielsweise dem Klimawandel, der Flächenkonkurrenz oder der Infrastrukturerhaltung im Ländlichen Raum, durch diese Verbindung wichtige Synergieeffekte freigesetzt werden konnten. Beispielsweise konnten wir beim Nitratproblem in unserem Grundwasser durch das aus Mitteln der Wasserwirtschaft finanzierte, an die Landwirtinnen und Landwirte gerichtete Förderprogramm „Gewässerschonende Landwirtschaft“ einen wichtigen Fortschritt erzielen. Auch im neuen Landesnaturschutzgesetz sind diese Synergien genutzt, etwa durch die Priorisierung produktionsintegrierter Maßnahmen bei der Kompensation von Eingriffen. So wird ermöglicht, dass eine extensive Nutzung durch Landwirte, finanziert aus Mitteln des Naturschutzes, wichtige Lebensräume in Rheinland-Pfalz erhalten bleiben und dem dramatischen Artenrückgang durch gemeinsames Engagement entgegengetreten werden kann, ohne dass zusätzliche Flächen in Anspruch genommen werden.

In der vorherigen Struktur, über mehrere Ministerien hinweg, war eine so intensive Zusammenarbeit dieser Fachbereiche nicht möglich. Wir wollen diesen sehr erfolgreichen Weg deshalb weitergehen und durch die Synergieeffekte beide Schwerpunkte in der nächsten Landesregierung stärken.

13. Chancen, Perspektiven und Planungssicherheit für Junglandwirte und Jungwinzer in Rheinland-Pfalz

Für eine zukunftsfähige, nachhaltige und flächendeckende Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Rheinland-Pfalz sind verlässliche, planungssichere und praktikable Rahmenbedingungen unerlässlich. Nur dann sehen junge Nachwuchskräfte Perspektiven in ihrem Beruf.

Wir fragen:

Wie stellen Sie eine attraktive Junglandwirte- und Jungwinzerförderung in Rheinland-Pfalz sicher?

Wie stellen Sie sich eine zielführende Förderung von Existenzgründern vor?

Die Junglandwirtinnen und Junglandwirte sind für uns GRÜNE die Zukunft der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft. In unserer vielfältigen Kulturlandschaft gibt es zahlreiche Gestaltungsmöglichkeiten für junge Leute. Die in Frage 2 beschriebene Ausbildung ist dafür ein wichtiges Standbein. Außerdem profitieren Existenzgründerinnen und –gründer in der Landwirtschaft von dem neuen Junglandwirte-Bonus bei den Direktzahlungen. Auch in dem Landesprogramm für die einzelbetriebliche Förderung erhalten junge Bäuerinnen und Bauern einen Zuschlag. Die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum unterstützen die familiäre und außerfamiliäre Hofübergabe mit speziellen Angeboten für beide Parteien. Außerdem stehen die unabhängigen staatlichen Beratungsstellen und unterschiedlichen Förderprogramme zur Verfügung, die landwirtschaftlichen Betriebe fit für die Zukunft zu machen.

Wir unterstützen landwirtschaftliche Betriebe und den ländlichen Raum auch durch die intensive Förderung der Infrastruktur. Die Förderung der Wasser- und

Abwasserstruktur, bei der in den kommenden Jahren in rund 2.000 Projekte fast eine halbe Milliarde Euro fließen wird, stabilisiert gerade auch in ländlichen Gebieten die Preise im Wasser- und Abwasserbereich für die landwirtschaftlichen Unternehmen. Im ebenfalls unerlässlich gewordenen Bereich des Breitbandausbaus wollen wir GRÜNE in ganz Rheinland-Pfalz bis 2018 eine flächendeckende Versorgung mit Hochgeschwindigkeitsanschlüssen mit mindestens 50 Mbit/s erreichen. Um auch im ländlichen Raum die nötige Mobilität gewährleisten zu können, wollen wir alternative Konzepte zur solidarischen Finanzierung des ÖPNV prüfen.

Bereits Spitze ist Rheinland-Pfalz im Bereich der kostenlosen Bildung von der Kita bis zur Hochschule, die wir nun noch um die Meisterausbildung erweitern wollen.

14. Bekenntnis zum Produktionsstandort Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz ist ein landwirtschaftlich und weinbaulich geprägtes Flächenland. Wir sind stolz auf die hier nachhaltig produzierten Qualitätsprodukte. Politik und Gesellschaft stellen jedoch immer höhere Ansprüche an die Landwirtschaft. Die Produkte sollen ressourcenschonend, nachhaltig und regional erzeugt werden, aber gleichzeitig möglichst billig sein. Jedoch ist eine bedarfsdeckende, lokale Erzeugung nur durch eine intensivierete Bewirtschaftung möglich. Diese wird jedoch von breiten Teilen der Bevölkerung abgelehnt.

Wir fragen:

Was werden Sie tun, um die Akzeptanz von bestehenden und neuen Produktionsstandorten zu steigern und die Konkurrenzfähigkeit rheinland-pfälzischer Betriebe zu erhalten bzw. zu erhöhen?

Die Landwirtschaft der Zukunft liegt nicht in einer Verklärung alter Traditionen

sondern in einer modernen Weiterentwicklung der Landwirtschaft innerhalb der ökologischen Grenzen vor Ort. Der Maßstab ist die Wertschöpfung, nicht die Quantität der Produktion. Für uns GRÜNE bedeutet das die weitere Stärkung der regionalen, heimischen Qualitätserzeugung des Ökolandbaus, der Erzeugung qualitativ guter, tiergerechter und Umweltgerechter Lebensmittel. Wir GRÜNE wollen aktiv unterstützen und setzen uns zum Beispiel für mehr Agrarumweltmaßnahmen, bessere Vermarktungsoptionen und eine weitere Stärkung der Dach- und Regionalmarken, klare Marktregeln und mehr Wertschätzung und Bewusstsein bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ein. Auch mit der staatlichen Forschung und Beratung wollen wir weiter wichtige Leistungen und innovative Entwicklungen für die Landwirtschaft und den Weinbau in Rheinland-Pfalz sicherstellen.

Einen weiteren wichtigen Baustein zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der Betriebe im Land liefert die von uns forcierte Verbraucherbildung und -information, die auch die Vorteile regionaler Produkte thematisiert und ein Verständnis für die Landwirtschaft und den Weinbau schafft.

15. Entbürokratisierung

Landwirtschaft und Weinbau werden von einer immer überbordender werdenden Bürokratie schier erdrückt. Einen großen Teil ihrer Arbeitszeit müssen Landwirte und Winzer dem Ausfüllen, Bearbeiten, Überprüfen und Abgleichen von Anträgen und Nachweisen widmen. Hier den Überblick zu behalten ist fast unmöglich. Zu ihrer eigentlichen Arbeit kommen sie kaum noch, bzw. es geht zu Lasten ihrer ohnehin schon knappen Freizeit.

Wir fragen:

Was werden Sie tun, um die gigantische Bürokratie im Agrar- und Weinbaubereich einzudämmen?

Uns GRÜNEN ist bewusst, dass der Dokumentations- und Kontrollaufwand für viele Landwirtinnen und Landwirte ein Ärgernis ist. Wir haben uns auf EU- und Bundesebene immer wieder für einfachere Verfahrensabläufe, z.B. bei den Direktzahlungen für unbürokratische Regeln für Kleinerzeuger und im Weinbau, erfolgreich eingesetzt und sind diesem Problem auch in der eigenen Landesverwaltung nachgegangen. Beispielsweise konnte 2015 mit der elektronischen Antragstellung für die Direktzahlungen begonnen werden.

Die EU-weiten Kontrollen sind beispielsweise aber auch ein wichtiger Schutz der deutschen Landwirtschaft im Wettbewerb mit Erzeugern aus anderen EU-Ländern, die nicht alle über gut funktionierende Systeme verfügen. Die Politik hat aber auch sicherzustellen, dass die erlassenen Bestimmungen flächendeckend durchgesetzt werden, auch wegen sonst drohender Anlastungsverfahren. Ohne ein gewisses Maß an Kontrolle ist das nicht zu schaffen. Wir werden auch in Zukunft weiterhin darauf hinwirken, dass Maßnahmen und Regelungen möglichst unbürokratisch gestaltet werden.